

**16. Sitzung vom Montag, 28. September 2020, 19.00 bis 21.30 Uhr, in der Stadthalle**

---

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 27 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Hanspeter Lienhart Rudolf Menzi Virginia Locher Andrea Spycher
<b>Entschuldigt:</b>	Dr. Walter Baur Hans Schmid Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Lorenz Bönicke, Stadtschreiber-Stv.
<b>Vorsitz:</b>	Stephan Blättler, Gemeinderatspräsident
<b>Protokoll:</b>	Mark Hottinger, Ratssekretär-Stv.

---

Die Ratssitzung findet aufgrund der ausserordentlichen Lage in der Stadthalle statt. Die interessierte Öffentlichkeit ist zugelassen (max. 60 Zuschauer).

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Publikum.



Der Vorsitzende weist auf folgende Punkte hin:

- Für alle Anwesenden gelten die Hygieneregeln des Bundesamtes für Gesundheit (BAG).
- Während der ganzen GR-Sitzung ist darauf zu achten, dass der Abstand von 1.50 Meter untereinander eingehalten wird. Sollte der Mindestabstand nicht eingehalten werden können, besteht Maskenpflicht. Grundsätzlich gilt die Eigenverantwortung.
- Damit im Notfall (positiv auf Corona getesteter Fall) die Kontakte der Zuschauer zurückverfolgt werden können, sind Präsenzlisten für die Zuschauer aufgelegt worden. Die Erfassung der Personalien ist freiwillig. Die Daten werden 14 Tage aufbewahrt und danach vernichtet.
- Für Wortmeldungen steht ein zusätzliches Rednerpult mit Mikrofon bereit. Ich bitte die Ratsmitglieder, den Stadtrat und die Behörden für ihre Wortmeldungen nach vorne an das Rednerpult zu kommen. Für die Reinigung steht bei Bedarf neben dem Pult ein Desinfektionsspray zur Verfügung.

Die Ratsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Die Auszählung des Rates ergibt 27 Anwesende; der Rat ist somit gemäss Art. 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung beschlussfähig.

Es gibt keine Änderungsanträge oder Anträge. Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

### **Traktanden**

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2020
2. Wahlen
  - a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Rechnungsprüfungskommission (RPK)
  - b) Ersatzwahl Parlamentssekretärin
  - c) Ersatzwahl Parlamentssekretärin-Stv.
3. Postulat von Andres Bühler „Bahnhof mit Zukunft“ – Begründung
4. Interpellation der Kommission Bildung & Soziales „Auskunft zu Art. 1 BVO“ – Antwort Stadtrat
5. Kindergarten Soligänter: Anbau Gruppenraum, Einbau behindertengerechte WC-Anlage und Sanierung Umgebung – Verpflichtungskredit von 568'500 Franken
6. Schulhaus Allmend: Erweiterung und Sanierung – Planungskredit für eine 2-stufige Gesamtleistungssubmission von 570'000 Franken
7. Friedhof-Zweckverband Bülach: Totalrevision der Friedhof-Verordnung – Abstimmungsempfehlung

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 28. September 2020

8. Friedhof-Zweckverband Bülach: Totalrevision der Verbandsstatuten  
- Abstimmungsempfehlung
9. Spezialkommission des Gemeinderats: Antrag auf Weiterführung der Spezialkommission (SpezKo)
10. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
11. Diverses

### **Eingang von neuen und persönlichen Vorstössen**

Dominik Berner und Mitunterzeichnende haben am 21. September 2020 ein Postulat „Soforthilfe für Flüchtlinge“ eingereicht.

Wortlaut:

„Der Stadtrat wird eingeladen beim Bundesrat, wie es bereits andere Städte und Gemeinden getan haben, die Bereitschaft zur Direktaufnahme von Flüchtlingen aus dem syrisch-türkischen und türkisch-griechischen Grenzraum zu signalisieren und den Bundesrat aufzufordern ebendiese Direktaufnahmen jetzt zuzulassen.

Der Stadtrat wird zudem eingeladen zu prüfen, wie eine Direktaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Asylzentrum Müliweg im Falle einer Zulassung von Direktaufnahmen durch den Bund zeitnah möglich ist.“

Die Begründung des Postulats wird auf die nächste Gemeinderatssitzung vorgemerkt.

### **Beantwortung von Vorstössen**

Seit dem Versand der Traktandenliste sind keine Vorstösse durch den Stadtrat beantwortet worden.

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2020**

---

Das Protokoll vom 22. Juni 2020 wird genehmigt und verdankt.



Traktandum 2

**Wahlen**

---

a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Durch den Rücktritt von Cyrill Hohler wurde per 1. August 2020 ein Sitz in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) frei.

Der Vorsitzende fragt Fredy Schmid, Präsident der interfraktionellen Konferenz (IFK) an, ob er dem Gemeinderat im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Cyrill Hohler einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.

**Fredy Schmid** (Präsident IFK) erklärt, dass er von der Geschäftsleitung den Auftrag erhalten habe, bis am 24. August 2020 einen Vorschlag einzureichen. Da bis zum 24. August nicht alle Fraktionsmeinungen eingetroffen seien und die Gemeinderatssitzung Ende August ausgefallen sei, habe er bis am 3. September gewartet. Am 3. September habe er dann die Geschäftsleitung informiert, dass sich die IFK auf keinen einstimmigen Vorschlag einigen konnte.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Fredy Schmid und fragt, ob es einen Vorschlag aus dem Rat gebe.

**Samuel Lienhart** schlägt im Namen der SP-Fraktion Tünde Mihalyi (SP) zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt.

**Abstimmung**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden, wie es Stellen zu besetzen gibt, diese als gewählt erklärt werden. Eine Auszählung der Stimmen kann nicht verlangt werden (§ 26 Abs. 2 GG).

Somit ist Tünde Mihalyi für die restliche Amtsdauer 2018/2022 als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission (RPK) gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten herzlich zur Wahl.



b) Ersatzwahl Parlamentssekretärin

Durch eine Umstrukturierung in der Abteilung Politik & Stadtentwicklung übernimmt die bisherige Ratssekretärin Jeannette Wehrli eine neue Aufgabe als Teamleiterin Politik und Wahlen. Die Position muss darum neu besetzt werden. Der Vorsitzende fragt Mark Eberli an, ob er dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten könne.

**Mark Eberli** schlägt im Namen des Stadtrats Nathalie Zollinger als neue Ratssekretärin vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt womit Nathalie Zollinger gewählt ist.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten herzlich zur Wahl und bedankt sich bei der scheidenden Ratssekretärin für die hervorragende Arbeit, die sie in den letzten 5 Jahren geleistet hat.

c) Ersatzwahl Parlamentssekretärin-Stv.

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Umstrukturierung ist auch die Stelle des Ratssekretärs-Stv. neu zu besetzen, da Mark Hottinger ebenfalls eine neue Funktion innerhalb der Verwaltung wahrnehmen wird.

**Mark Eberli** schlägt Jeannette Wehrli zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Somit ist Jeannette Wehrli ab dem 1. Oktober 2020 als neue Ratssekretärin-Stv. gewählt.

Traktandum 3

**Postulat von Andres Bühler „Bahnhof mit Zukunft“ – Begründung**

---

Andres Bühler hat am 13. August 2020 ein Postulat betreffend Bahnhof mit Zukunft eingereicht. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben das Postulat erhalten.

Wortlaut: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob, zu welchen Konditionen, mit welcher Wirkung und gegen welche Widerstände eine neue Strassenverbindung als Erschliessung des Bushofs Bahnhof Mitte und des Herti-Quartiers, mit Option zu möglicher Verlagerung des Busverkehrs, ab der Hochfelderstrasse zum Bahnhofring realisierbar ist. Als Grundlage herangezogen werden kann der



Buchhofer Bericht "Verkehrliche Analyse Zentrumsdurchfahrt und Erschliessung Bahnhof" mit Datum 30.08.2013, welcher in Beantwortung des Postulats "Stefan Basler" die Realisierbarkeit einer neuen Abzweigung ab der Hochfelderstrasse aufzeigt, jedoch noch ohne bauliche Varianten zu ergründen."

Der Vorsitzende bittet um Begründung des Postulats.

**Andres Bühler:** „In Bülach wird viel gebaut und noch mehr geplant. Auch der Bereich von der Altstadt bis zum Bahnhof wird in den kommenden Jahren wieder stark betroffen sein. Bushof, Hertiquartier, Sonnenhof und so weiter. Das Zusammenspiel zwischen den Ansprüchen an das Stadtzentrum mit der Erschliessung vom als Keilbahnhof gewachsenen Bahnhofs Bülach, ist sicher komplex. Für die Aufenthaltsqualität im Zentrum besteht für mich aber eine herausragende Chance. Bedingung ist eine signifikante Aufwertung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse auf ihrer gesamten Länge, vom Kreuz bis zum Bushof. Und damit diese Chance genutzt werden kann, braucht es eine kleine aber folgenreiche Anpassung in der Zentrumsplanung. Zu überlegen ist das Folgende: Wenn die Bülacher Bahnhofstrasse im Sinne einer Begegnungszone für öffentliches Leben und Veranstaltungen nutzbar sein soll, dann muss jegliche Zentrumserschliessung auch dann funktionstüchtig bleiben, wenn die Bahnhofstrasse mal nicht verfügbar ist. Im unteren Teil der Bahnhofstrasse ist dies heute bereits bedingt möglich, wenn der Busbetrieb, wie beim Markt, mit Sicherheitspersonal durch die Lindenhofstrasse gedrückt wird. Dies ist aber sicher keine zukunftssträchtige Lösung. Und im oberen Teil der Bahnhofstrasse ist solches heute eigentlich unmöglich. Und mit der Neugestaltung des Hertiquartiers muss gar mit spürbarem Mehrverkehr gerechnet werden. Daher: Wenn wir die Bahnhofstrasse wirklich jemals den Fussgängern zugänglich machen wollen, dann braucht es das folgende Umdenken: In Zukunft sollte die Erschliessung von sämtlichen Liegenschaften und Infrastrukturen an der Bahnhofstrasse, wo immer möglich, rückseitig geplant werden, also nicht mehr via Bahnhofstrasse. Wie gesagt, eine kleine aber folgenreiche Planungsanpassung, nicht nur für das Hertiquartier und den Bahnhof. Aber genau hier präsentiert sich eine mögliche Lösung, und dies ist der Inhalt von diesem Postulat. Statt den Bahnhofring aufzuheben, wie dies aktuell propagiert wird, ist eine Verlängerung vom Bahnhofring bis zur Hochfelderstrasse grundsätzlich wohl möglich. Klar, günstig wird das nicht, aber wenn wir für die nächste Generation den motorisierten Verkehr auch mal von der Bahnhofstrasse fernhalten möchten, dann sollten wir heute die Möglichkeit zur Verbindung Bahnhofring - Hochfelderstrasse prüfen. Ich bitte entsprechend um Zustimmung und Überweisung dieses Postulats, damit diese Option ausführlich geprüft und der Bereich „Bahnhof Mitte“ zukunftsstauglich und ohne Benützung der Bahnhofstrasse erschlossen werden kann.“

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er das Postulat entgegennimmt.



**Stadtrat Hanspeter Lienhart** sagt, dass der Stadtrat zur Prüfung des Postulats bereit sei.

Da aus dem Rat keine Anträge auf Ablehnung oder Änderung gestellt werden, gilt das Postulat als überwiesen.

Traktandum 4

**Interpellation der Kommission Bildung & Soziales „Auskunft zur Art. 1 BVO“ – Antwort Stadtrat**

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 19. August 2020 fristgerecht die Interpellation der Kommission Bildung & Soziales „Auskunft zur Art. 1 BVO“ beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Der Vorsitzende fragt die Vertreterin der Kommission Bildung & Soziales an, ob sie zur Antwort des Stadtrats Bemerkungen anzubringen habe.

**Julia Pfister** bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort, die die Kommission sehr gefreut habe. Sie würden sich auf baldigen Antrag und Weisung freuen.

Die Diskussion wird nicht beantragt.

Traktandum 5

**Kindergarten Soligänter: Anbau Gruppenraum, Einbau behindertengerechte WC-Anlage und Sanierung Umgebung – Verpflichtungskredit von 568'500 Franken**

Die Primarschulpflege und der Stadtrat beantragen dem Gemeinderat, er wolle beschliessen:

1. Für den Anbau eines Gruppenraums, Einbau einer Behinderten-WC-Anlage und Sanierung der Umgebung im Kindergarten Soligänter wird zu Lasten der Investitionsrechnung (217.5030/INV00146) ein Verpflichtungskredit von Fr. 568'500.00 (inkl. MwSt.) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich, um die in der Zeit zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlages und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Baukostenindex Stand April 2019).



2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Finanzierung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel aufzunehmen.
3. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Die Geschäftsleitung des Gemeinderats wird mit der Ausarbeitung des beleuchtenden Berichts beauftragt.

### Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bildung & Soziales und der RPK sowie ein Fachbericht der Kommission Bau und Infrastruktur vor. Die Kommission Bildung & Soziales empfiehlt das Geschäft mehrheitlich zur Annahme. Die RPK lehnt das Geschäft mehrheitlich ab.

#### Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der RPK

Wir bevorzugen einen neuen Modulbau. Dieser soll in Absprache mit den anderen Immobilienbesitzern insbesondere bezüglich Grenzabstände optimiert platziert werden.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der Kommission Bildung & Soziales.

**Julia Pfister** präsentiert kurz die Situation des Kindergartens Soligänter. Der Kindergarten sei 1966 erbaut worden und somit 54 Jahre alt. Die Platzverhältnisse seien sehr eng und entsprächen nicht mehr den Empfehlungen des Kantons. Ausser einer Heizungssanierung im Jahr 2006, dem Ersatz der Fenster 2007 und einer Fassaden-/Dachsanierung 2010 sei nie etwas gemacht worden. Er sei der letzte Kindergarten in Bülach, der noch nie saniert wurde. Dem Kindergarten fehle ganz klar ein Gruppenraum in dem IF Förderungen und DaZ-Unterricht stattfinden könnten. Zurzeit würden diese Lektionen meist im Keller oder in der Garderobe gegeben was keinem zumutbaren Lernen entspreche. Auch der Unterricht in der Werkstatt sei nur beschränkt möglich, da es im Winter recht kalt würde. Von Seiten der Fachkommission sei klar, dass etwas gemacht werden müsse. Einzig die Lage des Gruppenraums inmitten des Gartens habe Anlass zu Diskussionen in den Fachkommissionen gegeben. Der Antrag sei bereits vor einem Jahr Thema im Gemeinderat gewesen. Dieser habe jedoch eine Rückweisung des Antrags mit der Begründung „zu teuer“, „falscher Ort“ und „bessere Planung“ beschlossen. Die Primarschulpflege habe den Fachbericht ignoriert und anstelle einer besseren Planung (z.B. Nahbaurecht, Gestaltung) lediglich eine kostengünstigere Variante ausgearbeitet. Daraus sei das Dilemma in dem wir uns jetzt befinden entstanden. Im Gemeinderat sei es in den letzten Jahren aber fast ausschliesslich nur um die Finanzen gegangen, weshalb sie die Haltung der Primarschulpflege nachvollziehen könne. Die Kosten und Finanzierung würden sich auf Total 568'500



Franken belaufen, wobei die Kosten des Gebäudes mit 451'500 Franken den höchsten Posten darstellten. Der entsprechende Fachbericht sei auch letztes Mal von der Kommission Bau & Infrastruktur angeschaut worden und auch sie seien entsprechend enttäuscht gewesen. Der Kindergarten Soligänter entspräche ganz klar nicht den heutigen Anforderungen. Die aktuelle Schulraumplanung stünde vor grossen Herausforderungen und die bestehenden Anlagen müssten optimal genutzt werden. Der Grundriss, die technischen Ausführungen sowie die Sanierungsmassnahmen seien nachvollziehbar. Die Positionierung des Anbaus werde stark hinterfragt, da der knappe Aussenraum unvorteilhaft in Kleinfächer unterteilt sei. Die Fachkommission Bau & Infrastruktur habe weitere zwei Varianten ausgearbeitet, die aber beide ebenfalls Vor- und Nachteile aufweisen würden und nicht überzeugen konnten. Die Fachkommission Bau & Infrastruktur bewertete das Projekt als suboptimal. Es gäbe bessere Lösungen und daher müsste man baulich eine Ablehnung empfehlen. Sollte aber die Dringlichkeit höher gewichtet werden, so sei eine Zustimmung aus der Sicht der Kommission vertretbar. Anschliessend habe die Fachkommission Bildung & Soziales lange diskutiert. Auch über einen Neubau insbesondere am Schülergartenweg sei debattiert worden. Bei der Verwaltung mit den Schulhäusern Allmend und Guss seien die Ressourcen zu stark eingeschränkt, um noch für einen Neubau von rund 2-3 Millionen aufzukommen. Aus diesem Grund sei die Fachkommission Bildung & Soziales zum Schluss gekommen, dass der Kindergarten dringend benötigt werde. Es könne nicht sein, dass DaZ- und IF-Lehrerinnen keinen Schulraum hätten. Zudem sei es wichtig, dass Bülach für die schwer zu findenden Kindergarten-Lehrpersonen ein attraktiver Arbeitgeber sei. Auch die WC-Anlagen seien wirklich in einem enorm schlechten Zustand. Die Fachkommission Bildung & Soziales sage „knurrend“ aber mehrheitlich Ja zu Antrag und Weisung.

**Stadträtin Virginia Locher:** „Eine Strategiegruppe, zusammengesetzt aus Stadtrat und Gemeinderat, hat in mehreren Sitzungen die Schulraum-Strategie und -erweiterung wie folgt festgelegt. Alle bereits bestehenden Bauten Schulhäuser und Kindergärten sind fest eingebunden in der Planung und werden dringend gebraucht. Es kann auf kein bestehendes Gebäude verzichtet werden. Festbauten werden im Allmend und Guss geplant und erstellt. Weiter wird fehlender Schulraum mit Modulbauten ausgeführt. Der Kindergarten Soligänter ist in dieser Planung fest eingebunden, wir können nicht auf diesen verzichten, auch wenn wir wollten. Auch möchte die Schulpflege und der Stadtrat an den dezentralen Kindergärten festhalten, das hat sich bewährt. Die Fachkommission Bau & Infrastruktur hält fest, dass die Kosten grundsätzlich akzeptabel sind. Das Projekt wird auch als suboptimal gesehen. Wir haben mit Lehrpersonen, Schulleiter, der Abteilung Bildung, Architekten und der Abteilung Liegenschaften unzählige Varianten geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass die dem Gemeinderat unterbreitete Variante die beste ist für die Arbeit mit den Kindern. Meine Damen und Herren, es ist doch so, wir können 5 oder 10 Architekten planen lassen und werden 5 oder 10 verschiedene Vorschläge erhalten. Wir brauchen einen attraktiven und den heutigen Erfordernissen



entsprechenden Kindergarten. Das vorgelegte Projekt entspricht diesen Anforderungen. Der jetzige Zustand ist keine Zukunftslösung, da sind sich die Kommissionen mehrheitlich einig. Die Bildung sieht in diesem Projekt eine riesige Chance zur Aufwertung des Kindergartens Soligänter. Der geplante Aussenraum wird als attraktiv und benutzerfreundlich gesehen. Nicht die Grösse des Aussenraumes ist das wichtigste sondern die Spielgeräte und Möglichkeiten des Spielens. Die Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt aus baulicher Sicht eine Ablehnung, stellt aber im letzten Satz fest «sollte die Dringlichkeit höher gewichtet werden, so ist eine Zustimmung zum Projekt aus Sicht der Fachkommission Bau & Infrastruktur vertretbar». Ganz anders die RPK, sie fordert einen Neubau. Nicht nur aus Kostengründen sondern weil auch der Kindergarten in der Schulraumplanung fest geplant ist, möchte die Schulpflege daran festhalten. Denken sie an den Kindergarten Süd, dieser steht neben dem grossen Stadthaus auch nicht optimal und besorgte Eltern haben sich bereits gemeldet. Wir sind auf diesen Kindergarten angewiesen, wir haben weder Land noch die Finanzen, um an einen anderen Platz auszuweichen. Die Steuergruppe hat sich gegen ein solches Vorhaben ausgesprochen. Jeder Neubau kommt die Stadt teurer zu stehen als eine Sanierung. Müssten wir den Soligänter neu bauen, sind mit Kosten von 2.5 – 3 Mio. zu rechnen. Die Kindergartenräume sind in einem guten Zustand, sind diese doch stetig renoviert worden. Isolation Gebäudehülle, neue Fenster, Parkettboden sowie Akustikdecke. Es ist aus Sicht der Schulpflege unverantwortlich, die bestehende Bausubstanz zu vernichten. Auch bräuchten wir dann Provisorien, was einige Kosten verursacht. Wenn ich an die Fläche, die den Kindern als Pausenplatz dient denke, dann mache ich mir ernsthafte Sorgen, auf diesen langsam knapp werdenden Platz für mindestens ein Jahr noch 2 Provisorien zu stellen. Mit der Ausgabe von 568'000 Franken hätten wir wieder 2 vollwertige Kindergärten und es bräuchte keine Provisorien. Dem gegenüber stehen die Ausgaben von 2.5 – 3 Mio. Franken. Diese Forderung kann die Bildung nicht nachvollziehen. Der Kindergarten Soligänter ist der letzte Kindergarten in Bülach, der noch nicht saniert ist. Sollte das Geschäft wieder abgelehnt werden und wir müssten neu bauen, so wird es 2023 bis mit Antrag und Weisung, eventueller Submission und bis Beginn des Bauens und dem Bezug. Es ist nicht zu verantworten, das Gebäude in diesem Zustand noch Jahre zu belassen. Auch die FK Bau & Infrastruktur hat unmissverständlich festgehalten, dass der Kindergarten im jetzigen Zustand nicht den heutigen gesetzlichen und pädagogischen Anforderungen entspricht. Alleine die WC Anlagen müssen dringend erneuert werden, auch der ungeheizte, moderige Keller, der notabene für DAZ und IF Unterricht gebraucht wird, müsste isoliert und beheizt werden. Es ist doch unsinnig, meine Damen und Herren, in ein Gebäude zu investieren, dass in einigen Jahren doch abgebrochen würde, weil es eben den Anforderungen immer noch nicht genügt. Die Primarschule kann es sich nicht leisten auf diese beiden Kindergärten zu verzichten. Er wird dringend benötigt. Mit dieser Investition werden wir wieder einen der Zeit entsprechenden Kindergarten erhalten. Geschätzte Damen und Herren, geben Sie sich einen Stoss und sagen Sie ja zum Antrag der Bildung. Zu einem Umbau, der sehr gut durchdacht ist und um die Finanzen der Stadt



Bülach zu schonen. Unsere Stadt steht vor grossen finanziellen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Wir wachsen und viele Familien werden Bülach zu ihrem Zuhause machen und darauf sollten wir uns vorbereiten. Mit diesem Kindergarten Soligänter müssen wir uns schämen. Vielen Dank für ihre Zustimmung!"

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der RPK.

**Laura Hartmann:** „Am 30. September 2019 wurde der Anbau Gruppenraum KiGa Soligänter vom Gemeinderat zurückgewiesen. Es wurde bemängelt, dass die Schulraumplanung des Gebietes Hohfuri noch nicht fertiggestellt wurde und man jetzt vorschnell punktuelle bauliche Massnahmen ergreift, ohne die Gebietsentwicklung miteinzubeziehen. Allgemein wurde der Standort Soligänter und die Notwendigkeit eines Gruppenraumes kritisch hinterfragt und eine mögliche Raumnutzung des nahegelegenen Schulhauses Hohfuri vorgeschlagen. Anstelle eines Holzelementbaus wird nun ein Modulbau verwendet, dessen einziger Vorteil (im Vergleich zum Holzelementbau) eine mögliche Verlegung des Baus an einen anderen Ort ist. Hat man die Absicht, den Gruppenraum mittelfristig zu versetzen? Wenn nein, ist ein Modulbau der falsche Bautyp. Das neue Projekt ist ca. 20'000 Franken günstiger als vorher und der Quadratmeterpreis ist tiefer, da wir aufgrund des Modulbaus eine 17m2 grössere Fläche haben. Ansonsten sieht das Projekt identisch aus mit der Rückweisung von vor einem halben Jahr. Auf die Inputs des Gemeinderates (gesamte Schulraumplanung miteinbeziehen, Optimierung, Standort überprüfen) wurde kaum eingegangen. Die RPK schliesst sich der Meinung der Fachkommission Bau & Infrastruktur an. Diese bewertet das Projekt als suboptimal, da der bereits knappe Aussenraum mit dem vorliegenden Projekt in unvorteilhafte Kleinflächen unterteilt wird und der Anbau 1/3 der grossen Fenster des Kindergartens verdeckt. Die RPK ist der Meinung, dass die neue Variante eine Verschlechterung ist. Es gibt keine regionalen Modulbauer, wodurch Arbeiten im Betrag von rund 277'000 Franken nicht an Bülacher oder regionale Unternehmen gehen. Die Platzierung des Baukörpers ist suboptimal, man hat keine Chance, den Kindergarten zukünftig weiter auszubauen. Die RPK ist sich einig, dass der Standort Soligänter beibehalten werden soll. Doch wäre es langfristig nicht besser, einen Neubau zu planen, anstatt eine Erweiterung? Zwar hätten wir eine Investition von etwa 3 Mio. Franken, dafür ist in den nächsten 30 Jahren Ruhe und die Parzelle ist optimal ausgenützt. Die Mehrheit der RPK empfiehlt die Ablehnung des Verpflichtungskredits mit der Bitte, einen Neubau am Standort Soligänter in Auftrag zu geben.“

**Stadträtin Virginia Locher** stellt richtig, dass die Schulraumplanung abgeschlossen sei. Die Projektgruppe habe beschlossen, die Kindergärten Wittenwiesen, Allmend und Guss zu bauen und der Rest werde umgebaut oder aufgestockt. Man baue auch nicht vorschnell um. Die Strategie sei schon länger, dass man alle Kindergärten auf einem neuen Stand haben möchte. Der Kindergarten



Soligänter sei der letzte, an dem noch nichts gemacht worden sei. Danach seien alle auf einem neuen Stand, hätten einen Gruppenraum und wären bereit.

### Fraktionserklärungen

**Yvonne Waldboth** erklärt, dass die SP Fraktion sich wie bereits im September 2019 ganz klar für den dezentralen Standort vom Kindergarten Soligänter ausspreche. Die Problematik vom fehlenden Gruppenraum, den sanierungsbedürftigen Nasszellen und der nötige Einbau eines behindertengerechten WC's müssten dringend angegangen werden. Die Kinder und Lehrpersonen sollten den Unterricht mit zeitgemässer Infrastruktur abhalten können. Über die richtige Anordnung auf dem Areal habe es vorgängig einige Diskussionen gegeben doch die Lehrpersonen sowie die Schulleitung sähen in der vorliegenden Lösung die betrieblich beste Variante. Auch der geplante Aussenraum werde von den Nutzern als attraktiv und benutzerfreundlich angeschaut. Die Kosten bewegten sich in einem angemessenen Rahmen, was auch die Fachkommission Bau & Infrastruktur bestätigte. Als absolut unhaltbar würden sie den Vorschlag der RPK betrachten, den kompletten Kindergarten zurückzubauen und als Modulbau neu zu erstellen. Die hohen Kosten von ca. 2.5 bis 3 Mio. Franken wären in keiner Art gerechtfertigt. Insbesondere, weil die Bausubstanz sowie die Kindergartenräume in Ordnung seien und die Kosten für die Provisorien noch dazukämen. Die Vernichtung von guter Bausubstanz könne sich die Stadt, inmitten der finanziell belasteten Corona Zeit, nicht leisten. Die SP Fraktion folge aus diesen Gründen der Empfehlung der Fachkommission Bildung & Soziales und dem Antrag des Stadtrates.

**Dominik Kleiber:** „Zum zweiten Mal stimmen wir nun über das langsam dringliche Geschäft ab. Es geht um den Anbau eines Gruppenraums, einem Einbau der vorgeschriebenen, behindertengerechten WC-Anlage sowie um die Sanierung des Aussenbereiches für etwas mehr als eine halbe Million Franken. Damals, bei der ersten Abstimmung wurde bemängelt, dass der Anbau mitten in der Spielwiese steht und man solle Alternativen prüfen. Das Fazit war, dass noch einmal das gleiche eingereicht wurde. Dieses Mal einfach als Modulbau anstelle eines Holz-Element-Baus. Weder ein Vorschlag zu einer anderen Platzierung vom Anbau noch eine Preisofferte für einen allfälligen Neubau wurden aufgezeigt. Es war einfach noch einmal genau das gleiche! Übrigens, unter einer Sanierung des Aussenbereich stelle ich mir eine Verbesserung zum vorherigen Zustand vor. In der aktuellen Situation wird der Pausenplatz von den Kindern verkleinert und verschnitten. Ich muss sagen, dass ich persönlich etwas Mühe damit habe. Die EVP Fraktion gewichtet den Zeitdruck und das Wohlbefinden der unterrichtenden Lehrpersonen und den Kindergartenkinder aber höher und wichtiger, als jetzt noch einmal eine weitere Runde machtpolitisches Ping-Pong-Spiel zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat mitzuspielen. Da eine Optimierung der Bodennutzung jetzt erst bei der nächsten



Gesamterneuerung in ein paar Jahren wieder möglich ist und die Kinderzahlen in der Umgebung weiter steigen, ist der jetzige Umbau die schnellste und kostengünstigste Lösung. Vor allem weil auch keinerlei Alternativen aufgezeigt wurden. Es geht uns vor allem um diejenigen, die den Grossteil des Tages in den Räumlichkeiten verbringen müssen. Insbesondere in der kälteren Jahreszeit ist es eine Zumutung für Kinder, Kindergärtnerinnen, Heilpädagoginnen, Logopädinnen oder DaZ-Lehrpersonen keinen Gruppenraum mehr zum Arbeiten zu haben. Wir stimmen darum dem Verpflichtungskredit zu."

**Thomas Obermayer:** „Ich glaube, ich habe ein Déjà-vu. Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir über die gleiche Vorlage abgestimmt und diese zurückgewiesen. Da wir jetzt dasselbe in grün vor uns liegen haben, muss ich davon ausgehen, dass die Kritik und Verbesserungsvorschläge von damals nicht ernst genommen wurden. Die RPK weist den Vorschlag zurück, die Fachkommission Bildung & Soziales ist nur mehrheitlich dafür und der Fachbericht der Fachkommission Bau & Infrastruktur lässt kein gutes Haar am Projekt. Und das bei einem Kindergarten. Die SVP/EDU Fraktion kann jetzt nicht einfach Kopfnicken und durchwinken. Das Projekt ist schlecht. Wenn dieser Umbau in der Schlussabstimmung angenommen wird, hat dies nichts mit „guter Arbeit“ zu tun sondern lediglich damit, dass einigen die Lust auf weitere Diskussionen vergangen ist. Es ist schade, dass jetzt kein besseres Resultat auf dem Tisch liegt und somit ein ganzes Jahr verschwendet wurde. Die SVP/EDU Fraktion wird die Vorlage mehrheitlich ablehnen.“

**Damaris Hohler:** „Die Grüne Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit für den An- und Umbau des Kindergartens Soligänter zu. Der Umbau ist dringend nötig. Bis anhin ist weder ein behindertengerechtes WC noch ein Gruppenraum vorhanden. Von so einem Gruppenraum können nicht nur die Kinder, sondern auch die Lehrpersonen profitieren. Gerade angesichts des aktuellen Lehrermangels ist es wichtig, dass Bülach ein attraktiver Arbeitgeber bleibt und Arbeitsorte zur Verfügung stellt, wo man in pädagogisch sinnvollen Einheiten arbeiten kann. Einen Rückbau des bestehenden Gebäudes und einen anschliessenden Neubau, wie das die RPK vorschlägt, wäre für uns aus finanziellen, zeitlichen als auch ökologischen Gründen keine Option. Die Grüne Fraktion gewichtet darum die Dringlichkeit der Lage als zu hoch für eine Rückweisung und spricht sich darum, wie die Fachkommission Bildung & Soziales, für den Kredit aus.“

**Andres Bühler** führt aus, dass am Kindergarten Soligänter genereller Investitionsbedarf bestünde. Er entspreche nicht mehr den heutigen Anforderungen. Dies sei für die FDP Fraktion absolut unbestritten. Was man mit dem vorliegenden Projekt bekomme, mache sie allerdings nicht restlos glücklich. Zudem sei die „Zusatzrunde“ für Verbesserungen klar unzureichend genutzt worden. Die FDP Fraktion erachte den Kindergarten Soligänter aktuell für relevant und die Investition für dringend. Das „gelbe vom Ei“ stelle der Antrag jedoch nicht dar. Sie seien aber mehrheitlich zum Schluss



gekommen, dem Kredit dennoch zustimmen zu können, zustimmen zu müssen. Sie möchten in Zukunft allerdings klar besser durchdachte Projekte vorgelegt bekommen.

**Daniel Wülser** meldet sich aus dem Rat zu Wort. Er habe vor einer Woche die Möglichkeit ergriffen, den Kindergarten persönlich anzuschauen. Das neue Projekt sei bestimmt nicht das „gelbe vom Ei“ aber der Neubau von der RPK leider auch nicht. Bestimmt könnte die Anlage besser genutzt werden. Die Leute seien nun allerdings da und das Quartier wächst. Somit entstünde ein gewisser Zugzwang der ihn veranlasse, wenn auch nicht mit grosser Begeisterung, dem Kredit zuzustimmen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat vor und die Detailberatung wird nicht gewünscht.

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat genehmigt den Antrag des Stadtrats mit 18 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

#### Traktandum 6

#### **Schulhaus Allmend: Erweiterung und Sanierung – Planungskredit für eine 2-stufige Gesamtleistungssubmission von 570'000 Franken**

---

Die Primarschulpflege und der Stadtrat beantragen dem Gemeinderat, er wolle beschliessen:

1. Für die Vorbereitung und Durchführung einer 2-stufigen Gesamtleistungssubmission wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 5040 INVO00145) ein Kredit von Fr. 570'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.
2. Dieser Planungskredit entspricht dem Baukostenindex Stand 1. April 2020. Er wird nicht teuerungsbereinigt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Finanzierung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum. Wird das Referendum ergriffen, ist die Geschäftsleitung des Gemeinderates mit der Ausarbeitung des beleuchtenden Berichts beauftragt.



Samuel Lienhart tritt bei diesem Geschäft in den Ausstand. Seine Firma, die Landis AG, war bei der Erarbeitung des Projektierungskredits beteiligt gewesen und würde bei einer Annahme die Gesamtleistungssubmission durchführen. Es sind somit nur noch 26 Ratsmitglieder, die dieses Geschäft behandeln dürfen.

### **Eintretensdebatte**

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bildung & Soziales und der RPK sowie ein Fachbericht der Kommission Bau & Infrastruktur vor. Sowohl die RPK als auch die Kommission Bildung & Soziales empfehlen dieses Geschäft mit einem Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag einstimmig zur Annahme.

#### Antrag Kommission Bildung & Soziales

Im Beurteilungsgremium soll eine Person aus der Fachkommission Bau & Infrastruktur sowie eine Person aus der RPK Einsitz nehmen.

Begründung: Der Fachkommission ist es wichtig das 2 Personen aus dem Gemeinderat vertreten sind. Wir aus der Fachkommission Bildung & Soziales verzichten auf diesen Einsitz.

#### Antrag der RPK (einstimmig):

Wir fordern, dass zwei Gemeinderatsmitglieder im Beurteilungsgremium mit dabei sind, wovon einer aus der RPK stammt.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bildung und Soziales.

**Fredy Schmid** fasst die Vorgeschichte wie folgt zusammen: 2018 sei ein Antrag und Weisung für einen Planungskredit für den Umbau vorgelegen. In der Fachkommission sowie in der Fraktion habe man sich intensiv über die Grundlagen gekümmert. An der Gemeinderatssitzung vom 3. September 2019 sei das Geschäft zurückgewiesen worden. Aus heutiger Sicht zu Recht, da die Grundlagen (6 neue Schulräume) sich als falsch erwiesen hätten. Es sei gefordert worden, dass die Fachkommissionen und der Gemeinderat in die Abklärungen einbezogen würden. Mitte 2018 sei eine Studie über Wachstum der Schülerzahl in Auftrag gegeben worden, welche Ende November 2018 vorlag. Im Anschluss habe die Stadt Bülach bei der Landis AG eine Machbarkeitsstudie für die Schulanlagen Allmend und Hohfuri in Auftrag gegeben. Der Gemeinderat habe zweimal eine Fristerstreckung gewähren müssen. Dieser riesigen Investition habe man genügend Zeit einräumen wollen, um eine gute Lösung für Generationen zu finden. Im Januar 2019 sei informiert worden, dass Bülach das doppelte Wachstum wie vor 1,5 Jahren prognostiziert verzeichne. Im September 2019 habe die Machbarkeitsstudie der



Landis AG aufgezeigt, wie das Gebiet in der Allmend genutzt werden soll und wie man das Schulhaus Hofhuri am besten integriere. In diesem Bericht erscheine auch erstmals der Neubau im Guss auf dem Grundstück, welches sich die Stadt im Rahmen der BZO gesichert habe. Die Präsentation der Resultate sei am 30. September 2019 erfolgt, bei der sich die Fachkommission für einen separaten Neubau von 12 Klassenzimmern aussprach. Die zwei bestehenden, etwas maroden Turnhallen sollen abgerissen und eine 3-fach Turnhalle neu erstellt werden. Das bestehende Schulhaus soll saniert und nach Bedarf Platz für weitere Kindergartenklassen eingeplant werden. Auf dem Gebiet der Allmend werde zurzeit mit Modulbauten improvisiert. Der Entscheid über die Sanierung des bestehenden Schulhauses versus Neubau sei kritisch gewesen. Die Firma Landis habe diesen Punkt allerdings speziell geprüft und sei zum Schluss gekommen, dass eine Differenz von 10 Millionen Franken entstünde. Diese Mehrkosten seien der Hauptgrund warum die Fachkommission die Sanierung priorisiere. Das Fazit der Fachkommission sei ein einstimmiges „Ja“ für den Erweiterungsbau sowie die Sanierung des bestehenden Schulhauses, ein „Ja“ für den Raumbedarf nach Abklärungen mit der Abteilung Bildung, ein „Ja“ zur 2-stufigen Gesamtleistungssubmission, ein „Ja“ für die externe Projektbegleitung, die sich sehr empfehle. Ein „Ja“ zum Terminplan und dem Kredit von 570'000 Franken. Ebenfalls einstimmig werde ein Zusatzantrag gestellt, dass 2 Mitglieder des Gemeinderates, eines der RPK und eines der Fachkommission Bau & Infrastruktur, Einsitz im Beurteilungsgremium nehme. Die Fachkommission Bildung & Soziales verzichte zu Gunsten der RPK-Vertretung auf einen Einsitz.

Es liegen keine weiteren Ergänzungen von Mitgliedern der Fachkommission Bildung & Soziales vor.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Stadtrat um die Ausführungen der Fachkommission zu kommentieren.

**Stadträtin Virginia Locher:** „Der Planungskredit für das Schulhaus Allmend liegt vor. Sie entscheiden heute Abend darüber. Die Planung und der Start des Wettbewerbes sind für die Schule von enormer Priorität. Unsere Schule platzt aus allen Nähten. Viele Klassen haben bereits heute 26 Schüler. Da wird es schwierig, die Kinder die fortlaufend zuziehen, unterzubringen. Es fehlen uns auch Turnhallen und mit dem Ausbau des Allmend Schulhauses und der dort geplanten 3fach Turnhalle sind wir wieder gut aufgestellt. An dieser Stelle möchte ich mich für die erste Planung des Ausbaus entschuldigen. Diese war zu klein berechnet. Wir sind von einer Kinderzahl ausgegangen, welche dann mit einer erneuten Überarbeitung viel höher ausgefallen ist. Dieser erste Planungskredit wurde vom Gemeinderat im September 2018 zurückgewiesen. Nach der Rückweisung haben wir die Schulraumplanung aktualisieren lassen. Wir haben die Schulraumplanung seither mehrfach durchgerechnet und können Ihnen die heutige Vorlage mit gutem Gewissen vorlegen. Wenn die Vorlage angenommen wird, sind wir einen grossen Schritt weiter. Die Bildung der Stadt Bülach dankt



Ihnen für die Annahme des Kredites und freut sich auf den baldigen Start des Projektes „Erweiterung und Ausbau des Schulhaus Allmend.“ Ich bedanke mich für die einstimmigen Entscheide. Der Stadtrat ist bereit, 2 Gemeinderäte im Beurteilungsgremium zuzulassen. Je einer aus den zuständigen Kommissionen.“

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der RPK.

**Laura Hartmann:** „Aufgrund der Machbarkeitsstudie liegt nun eine 2-stufige Gesamtleistungssubmission vor. Sie besteht aus einer Präqualifikation und dem eigentlichen Wettbewerb. Im Vergleich zu einem klassischen SIA Wettbewerb resp. Studienauftrag ist die Gesamtleistungssubmission viermal günstiger und dauert auch nur halb so lange. Die Entschädigung der Teilnehmenden am Wettbewerb ist mit 200'000 Franken veranschlagt. Diese Summe wird unter den 4-5 Teams gleichmässig aufgeteilt. Dieser Betrag ist angemessen und es wird gewährleistet, dass genügend qualitativ hochwertige Angebote gemacht werden. Die Vorbereitungsarbeiten und Verfahrenskosten sind mit 296'000 Franken veranschlagt. Dieser Betrag ist angemessen, da im Vorfeld ein detailliertes Raumprogramm und Nutzungskonzept erarbeitet wird, bauliche Abklärungen getroffen werden und die gesamte Durchführung der Gesamtleistungssubmission abgedeckt wird. Im Investitionsprogramm ist unter der Position Schuleinheit Allmend im Jahr 2020 schon ein entsprechender Kredit von 560'000 Franken vorgesehen. Die 2-stufige Gesamtleistungssubmission kommt uns als Stadt günstiger und dauert weniger lange als ein SIA Wettbewerb. Zusätzlich haben wir eine hohe Kostensicherheit, da das Kostenrisiko beim Totalunternehmer liegt. Die RPK beantragt einstimmig die Annahme des Antrags mit dem Zusatzantrag, dass 2 Gemeinderatsmitglieder im Beurteilungsgremium mit dabei sind, wovon einer aus der RPK stammt.“

Es liegen keine Ergänzungen von RPK-Mitgliedern vor und der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

### Fraktionserklärungen

**Fredy Schmid:** „Die FDP-Fraktion hat sich im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie Allmend/Hohfuri eindeutig für die Empfehlungen des Stadtrates ausgesprochen. Das heisst für die Sanierung/Umbau Schulhaus Allmend, für den separaten Erweiterungsbau mit 12 Klassenzimmern, dem Abbruch der bestehenden Turnhallen zu Gunsten der 3-fach Turnhalle sowie den Modulbauten für kurzfristige Erweiterungen je nach Entwicklung der Schülerzahlen. Die zusätzlich zur Machbarkeitsstudie von der Landis AG erarbeiteten Unterlagen, aufgrund von Fragen durch die Kommissionen, haben uns ebenfalls überzeugt. Nach den ersten Irrwegen – Rückweisung mit allem



drum und dran, auf das ich nicht mehr näher eingehe – sind wir nach unserer Auffassung auf dem richtigen Weg und stimmen den Anträgen der Fachkommission und der RPK zu. Auch der Fachbericht zu diesem Geschäft ist ganz in unserem Sinne."

**Julia Pfister:** „Der Schulraum im Schulhaus Allmend ist dringend nötig. Es darf nicht noch mehr Zeit verstrichen werden und die EVP stimmt auch dem Änderungsantrag der Fachkommission zu. Wir wissen, dass auch der Stadtrat den Entscheid teilt, Personen ins Beurteilungsgremium zu wählen. Wir hoffen aber auch, dass der Stadtrat dem Entscheid des Gemeinderates zustimmt. Es wäre aus unserer Sicht nicht zielführend diesen aus Prinzip abzulehnen. Die EVP signalisiert die Bereitschaft für einen Kompromiss. Wir möchten endlich mit den teuren Provisorien aufhören und den Kindern ein schönes, neues und saniertes Schulhaus ermöglichen. Sollte der Planungskredit nicht kommen, müsste uns bewusst sein, dass ganz sicher ein gebundener Modulbau erstellt wird und das alte Schulhaus nicht saniert wird. Das heisst, dass die Erdbebensicherheit nicht gewährleistet ist und das möchte die EVP wirklich nicht. Wir werden heute, mit oder ohne Beurteilungsgremium, dem Antrag vom Stadtrat zustimmen."

**Laura Hartmann:** „Auch die SVP/EDU Fraktion befürwortet die Wahl einer 2-stufigen Gesamtleistungssubmission. Sie ist günstig, effizient und bietet der Stadt Bülach eine hohe Kostensicherheit für den Ausführungskredit. Weniger erfreulich ist, dass das bestehende Schulhaus saniert wird, statt abgerissen und ein komplett neues Schulhaus gebaut wird. Platz hätte man ja genug, um dies gestaffelt auszuführen. Hier hat man die Chance verpasst, das Allmend Quartier aufzuwerten und eine einheitliche Schulanlage aufzustellen. Trotzdem befürwortet die Mehrheit der SVP/EDU Fraktion den Planungskredit Allmend und unterstützt auch die Zusatzanträge."

**Werner Oetiker:** „Die SP-Fraktion ist überzeugt davon, dass mit der Gesamtleistungssubmission ein geeignetes Projekt ermittelt werden kann, welches die Bedürfnisse der Schule abdeckt, den Faktor der Erstellungskosten gebührend berücksichtigt und zeitgerecht die dringend benötigte Schulraumerweiterung dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet werden kann. Schon der Wettbewerb für das Zentrale Verwaltungsgebäude hat aufgezeigt, dass dies dafür das richtige Verfahren ist. Dies auch, da sie eine grosse Kostensicherheit gewährt und vergleichsweise wenig Risiken für die Stadt Bülach aufweist. Für die SP ist das Bereitstellen des benötigten Schulraums in der geeigneten Qualität und an der richtigen Stelle ein grosses Anliegen. Nur so können wir unseren Kindern und Jugendlichen optimale Bedingungen für das Lernen bieten. Die erstellten Machbarkeitsstudien haben aufgezeigt, dass wir mit den Projekten der Erweiterung und der Sanierung des Schulhauses Allmend und der Erstellung eines neuen Schulhauses in Bülach Nord, diese Bedürfnisse abdecken können. Die SP-Fraktion wird darum dem Projektierungskredit für eine 2-stufige Gesamtleistungssubmission für die Erweiterung und Sanierung des Schulhauses Allmend



zustimmen. Für die SP ist es wichtig, dass die im Antrag erwähnten Naturschutzprojekte, namentlich das Trockenbiotop und insbesondere die Hecke, auch tatsächlich belassen werden und die Grünflächen naturnah und mit einheimischen Pflanzen gestaltet werden."

**Damaris Hohler:** „Die Grüne Fraktion nimmt den Planungskredit für die 2-stufige Gesamtleistungssubmission an. Es ist höchste Zeit, dass die Entstehung von neuem Schulraum auf dem Schulareal Allmend in Gang kommt. Wie auch der Stadtrat und die Primarschulpflege favorisieren wir die in Antrag und Weisung vorgesehene Variante gegenüber der Variante eines Gesamttrückbaus und Neubaus (Fazit der 2018 erschienen Machbarkeitsstudie). Auch das Verfahren der Gesamtleistungssubmission befürworten wir. Ein besonderes Anliegen ist uns, dass der Naturschutz und andere ökologische Überlegungen von Anfang an in das Projekt integriert und berücksichtigt werden. Wir bitten den Stadtrat deshalb, den Erhalt der wertvollen und sehr artenreichen Hecke, wie er im Antrag bereits erwähnt wird, tatsächlich umzusetzen. Auch das Trockenbiotop sollte wenn möglich erhalten, oder ansonsten ein angemessener ökologischer Ausgleich erstellt werden. Die Grünflächen sollten möglichst naturnah ausgestaltet und mit einheimischen Pflanzen bepflanzt werden. Dies entspricht auch den Empfehlungen des Kurzgutachtens vom Oktober 2017 zu den erwähnten Schutzgebieten. Zudem sprechen wir uns dafür aus, dass eine möglichst effiziente und umweltfreundliche Dämmung und Heizung der Gebäude angestrebt werden. Bei den Baumaterialien sollen umweltfreundliche Materialien wie beispielsweise Holz den Vorzug erhalten. Diese ökologischen Aspekte sollten neben der üblichen Kosten-Nutzen-Abwägung ebenfalls geprüft werden und ein Gewicht bei der Auswahl eines Angebots erhalten.“

Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen.

### Detailberatung

**Thomas Obermayer:** „Die Zusatzanträge der Fachkommission Bildung & Soziales und der RPK hat bis zu dieser Gemeinderatssitzung einiges an Diskussionen ausgelöst. Den beiden Kommissionen, der SVP/EDU und der FDP-Fraktion ist es wichtig, dass zwei Fachpersonen im Beurteilungsgremium Einsitz haben. Dass Rosa Guyer und Laura Hartmann aus unserer Sicht die „beste Besetzung“ sind, sollte rein rational gesehen, im gesamten Gemeinderat unbestritten sein. Fakt ist ebenfalls, dass Laura Hartmann dieses Jahr von der Fachkommission Bildung und Soziales in die RPK gewechselt hat. Leider hat das Wort „RPK“ in einem Fach-Beurteilungsgremium Widerstand verursacht. Ich kann dies, ehrlich gesagt, auch nachvollziehen. Und jetzt sind die Fronten zwischen Befürworter und Kritiker von dieser Variante verhärtet. Es wird allen klar sein, dass dieser Zusatzantrag für den Stadtrat nicht verbindlich ist. Darum stelle ich jetzt einen neuen, ebenfalls genauso unverbindlichen und etwas unkonventionellen



Zusatzantrag. Und zwar: „Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, Rosa Guyer und Laura Hartmann in das Beurteilungsgremium zu wählen.“ Mit diesem Zusatzantrag sollte klar sein, dass es dem Gemeinderat nicht um die RPK oder sonstige Kommissionszugehörigkeit geht, sondern lediglich darum, dass die besten aus dem Gemeinderat in dem Beurteilungsgremium vertreten sind. Ich würde mich über eine grossmehrheitliche Zustimmung sehr freuen.“

**Fredy Schmid:** „Ich habe mir lange überlegt, ob ich zu diesem Geschäft in der Detailberatung noch etwas sagen soll. Und zwar persönlich. Es geht um meine persönliche Meinung. Nachdem sich Thomas Obermayer geäussert hat, denke ich, dass es nicht schlecht ist, dies jetzt zu tun. Es ist etwas aussergewöhnlich, wir schreiben den Mittwoch 30. September 2020, das heisst nächsten Mittwoch. Wir sind mitten in der Stadtratssitzung beim Traktandum „Geschäfte aus dem Gemeinderat“. Die Zeit ist ca. 16.30 Uhr. Der Stadtpräsident hat der Schulpräsidentin das Wort erteilt und die Schulpräsidentin ergreift jetzt das Wort: „Liebe Andrea, geschätzte Stadtratskollegen. Als Schulpräsidentin nehme ich gerne Stellung zum Vorgehen in Sachen Projektierungskredit Allmend. Nach der grossmehrheitlichen Annahme der Anträge der Fachkommission und RPK, bzw. der neue Antrag von Thomas Obermayer, haben wir eine ausgezeichnete Ausgangslage für die Durchführung der 2-stufigen Gesamtleistungssubmission in Sachen Projektierung Allmend. Auch der Fachbericht der Fachkommission Bau & Infrastruktur rundet die klare Grundhaltung des Gemeinderates ab. Zudem können wir die im Rahmen der Machbarkeitsstudie aufbauende, konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat fortsetzen. Ich habe bereits die wichtigsten Punkte bezüglich Vorgehen mit Serge Bütler von der Landis AG abgesprochen. Die Zusammensetzung des Beurteilungsgremiums ist festgelegt. Der Bildungsinput wird durch Markus Fischer, der Schulleitung und mir sichergestellt. Von Seiten „Bau Stadt Bülach“ sind das Hanspeter Lienhart und Beat Gmünder. Das Mitglied der Kommission für Stadtgestaltung hat Hanspeter Lienhart festgelegt. Serge Bütler und ich haben die beiden externen Architekten bestimmt, die die fachliche und neutrale Aussensicht sicherstellen. Die beiden Gemeinderätinnen Rosa Guyer und Laura Hartmann vertreten mit Ihrer Fachkompetenz die Legislative. Wir können so die konstruktive Zusammenarbeit auch nach der Machbarkeitsstudie weiterführen. Je nach Thema und Notwendigkeit wird der Landschaftsarchitekt beigezogen, welcher nicht zwingend Mitglied des Gremiums sein muss. Und nicht zuletzt stellt die Landis AG mit Serge Bütler und seinen Fachleuten die fachliche und organisatorische Koordination sicher. Selbstverständlich mit der entsprechenden Erfahrung und Input. Ich werde jetzt zusammen mit Serge Bütler das Kick-off-Meeting des Beurteilungsgremiums vorbereiten und den Stadtrat wieder informieren.“ So oder ähnlich könnte ich mir vorstellen, wie aus Sicht der Schulpräsidentin das Thema Projektierungskredit Allmend an der nächsten Stadtratssitzung abläuft.“

**Julia Pfister** betont, dass der Gemeinderat klar beantragt habe, dass Laura Hartmann und Rosa Guyer Einsitz im Gremium erhalten sollen. Alle Kommissionen unterstützten diese Personenwahl. Es sei aus



ihrer Sicht nicht nötig, dem Antrag von Thomas Obermayer zuzustimmen. Im Gegenteil, er sei noch heikler als der Antrag aus den Kommissionen. Was würde beispielsweise geschehen, wenn diese Personen auf einmal nicht mehr im Gemeinderat sein können? Da die beiden gewählt wären, könnte der Stadtrat niemand mehr nachziehen. Diese Praxis erscheine nicht plausibel und durchführbar. Es sei für sie persönlich zu wichtig, dass das Geschäft durchkomme. Der Schulraum würde dringend gebraucht. Der Gemeinderat trage zusammen mit dem Stadtrat die Verantwortung, dass dieser Schulraum auch zur Verfügung stehe. Sie hoffe, dass der Stadtrat Rosa Guyer und Laura Hartmann aufnehme. Alles andere wäre fatal und sachlich nicht verständlich.

**Thomas Obermayer** verteidigt seinen Antrag. Egal welches Gremium hier einen Antrag stelle, der Stadtrat müsse sich ohnehin nicht daran halten. Laura Hartmann oder Rosa Guyer könnten jederzeit durch andere Mitglieder des Gemeinderats ersetzt werden, da es für den Stadtrat nicht verbindlich sei, über was man hier jetzt abstimme.

**Dr. Luís M. Calvo Salgado** findet, dass weniger personalisiert werden sollte, auch wenn die angesprochenen Personen von allen sehr geschätzt werden würden. Man solle sachlich bleiben und den Anträgen so wie sie vorlägen zustimmen, statt alles auf Personen zu münzen. Die Kommissionen seien schliesslich selber fähig zu überlegen, wer sie vertrete.

Der Vorsitzende möchte zu den Abstimmungen kommen. Er möchte vom Rat wissen, ob er davon ausgehen könne, dass der Zusatzantrag der RPK und jener der Fachkommission Bildung & Soziales als einer gesehen werden könne und man nun folglich über 2 und nicht 3 Anträge abstimme. Seines Erachtens seien die Anträge der RPK und der Fachkommission Bildung & Soziales identisch. Somit würde man über den eben gestellten Zusatzantrag von Thomas Obermayer und jenen der RPK/Fachkommission Bildung & Soziales abstimmen.

**Romaine Rogenmoser** stellt einen Ordnungsantrag und verlangt eine 10 minütige Pause.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag zu.

Der Vorsitzende fragt den Rat nach der 10 minütigen Pause an, ob es sich nun um 3 oder um 2 Anträge handle.

**Romaine Rogenmoser** spricht sich für 2 Anträge aus. Jener der RPK/Fachkommission Bildung & Soziales und jener von Thomas Obermayer.



Der Vorsitzende erläutert das weitere Vorgehen. Es werde nun über die beiden Zusatzanträge abgestimmt und der „gewinnende“ Antrag werde jenem des Stadtrats gegenübergestellt.

### **Abstimmungen**

#### Gegenüberstellung Zusatzantrag RPK/Fachkommission Bildung & Soziales und Zusatzantrag Thomas Obermayer

Zusatzantrag RPK/Fachkommission Bildung & Soziales:

Im Beurteilungsgremium soll eine Person aus der Fachkommission Bau & Infrastruktur sowie eine Person von der RPK Einsitz nehmen.

Zusatzantrag Thomas Obermayer:

Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, Rosa Guyer und Laura Hartmann in das Beurteilungsgremium zu wählen.

Zusatzantrag RPK/Fachkommission Bildung & Soziales:	8 Stimmen
Zusatzantrag Thomas Obermayer:	15 Stimmen
Enthaltungen:	3 Stimmen

#### Gegenüberstellung Zusatzantrag Thomas Obermayer und Antrag des Stadtrats

Zusatzantrag Thomas Obermayer:

Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, Rosa Guyer und Laura Hartmann in das Beurteilungsgremium zu wählen.

Antrag des Stadtrats:

Für die Durchführung des Gesamtleistungswettbewerbs wird ein Mitglied der Fachkommission Bildung & Soziales im Beurteilungsgremium eingesetzt.

Zusatzantrag Thomas Obermayer:	18 Stimmen
Antrag Stadtrat:	3 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

**Stadtpräsident Mark Eberli** meldet sich zu Wort. Was zur Abstimmung stehe, stehe nicht in der Kompetenz des Gemeinderats. Es könne lediglich als Empfehlung an den Stadtrat verstanden werden. Er wolle dies einfach erwähnt haben.



Der Vorsitzende wisse nicht wie das rechtlich aussehe, aber er nehme die Wortmeldung zur Kenntnis.

#### Schlussabstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 25 Ja- zu 1 Nein-Stimmen zu.

#### Traktandum 7

### **Friedhof-Zweckverband Bülach: Totalrevision der Friedhof-Verordnung – Abstimmungsempfehlung**

---

Auf Antrag des Vorstands des Friedhof-Zweckverbands beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, er möge beschliessen:

1. Der Gemeinderat Bülach empfiehlt den Stimmberechtigten der Stadt Bülach, die Totalrevision der Friedhof-Verordnung des Friedhof-Zweckverbands Bülach zu genehmigen.

Gemäss § 79 des Gemeindegesetzes (GG) beschliessen die Stimmberechtigten jeder beteiligten Gemeinde an der Urne die Rechtsgrundlage der Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts. Die Urnenabstimmung ist auf den 7. März 2021 festgesetzt.

#### **Eintretensdebatte**

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK vor. Beide Kommissionen empfehlen das Geschäft einstimmig im Sinne des Antrags zur Annahme.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

**Daniel Wülser:** „Im Friedhof Zweckverband sind bekanntlich alle umliegenden Gemeinden beteiligt. Insbesondere weil diese ja alle keinen eigenen Friedhof für Ihre verstorbenen Bürger haben. Dieser Verband hat natürlich auch Regeln und Pflichten bzw. insbesondere Verordnungen und Verbandstatuten. Nun stehen Totalrevisionen bei den Verordnungen (Traktandum 7) und den Verbandsstatuten (Traktandum 8) an. Sie werden sich fragen warum diese nötig sind, auch wenn bei



einem Friedhof mit seinem bekannten Abdankungsgebäude in den letzten Jahren keine Änderungen vorgenommen wurden. Grund dafür ist das neue Gemeindegesetz, welches der Züricher Kantonsrat vor einigen Jahren beriet und per 1. Januar 2018 eingeführt hat. Dieses Gesetz verlangt von allen Zweckverbänden – unter anderem zur Entflechtung von Verbands- und Gemeindehaushalt – die Einführung eines eigenen Haushalts. Gestützt auf Paragraph 173 vom neuen Gemeindegesetz müssen diese ihre Statuten an das neue Gemeindegesetz anpassen. Dazu war eine Totalrevision der Verbandsstatuten nötig. Mit dieser Verbandsstatutenrevision musste auch die separate Friedhof Verordnung überprüft werden. Beide revidierten Statuten- und Friedhof Verordnungen wurden schon vor bald einem Jahr vom Verbandsvorstand verabschiedet. Beide Vorlagen gelangen, auch in den umliegenden Kreisgemeinden, im März 2021 noch vors Stimmvolk. Lange Rede kurzer Sinn, das Ganze ist infolge des neuen und bereits laufenden Kantonalen Gemeindegesetzes einfach formuliert: „Alter bewährter Wein, in neuen Schläuchen“. Aus diesem Grund kann man den beiden revidierten und überarbeiteten Vorlagen problemlos zustimmen. Würde man diesen neuen Verordnungen nicht zustimmen, fehlte die Rechtsgrundlage und es müsste eine neue erarbeitet und dem Stimmvolk vorgelegt werden.“

Es gibt keine weiteren Ergänzungen von den Mitgliedern der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

**Stadträtin Andrea Spycher:** „In meiner Rolle als Stadträtin präsidiere ich gleichzeitig den Vorstand des Friedhofzweckverbandes, welcher die neuen Statuten und die neue Friedhof-Verordnung überarbeitet hat. Als Information gebe ich bekannt, dass alle Exekutiven der Verbandsgemeinden beiden Vorlagen bereits zugestimmt haben und Bülach mit ihrer Zusage die letzte Gemeinde sein wird. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Zustimmung, damit wir die nächsten Schritte für die Urnenabstimmung im März 2021 in die Wege leiten können.“

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.

**Dominik Kleiber** schliesst sich Daniel Wülser an. Bei der Statutenrevision gehe es beispielsweise darum, wer wieviel bezahle oder wem wie viele Prozente der Abdankungshalle gehörten. Die Verordnung regle das Gesetzliche. Die beiden Geschäfte seien eine Folge des neuen Gemeindegesetzes.

Es liegen keine Fraktionserklärungen vor, die Detailberatung wird nicht gewünscht.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 28. September 2020

### Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt der Totalrevision der Friedhof-Verordnung des Friedhof-Zweckverbands Bülach einstimmig zu und empfiehlt den Stimmberechtigten die Zustimmung zum Geschäft.

Traktandum 8

### Friedhof-Zweckverband Bülach: Totalrevision der Verbandsstatuten – Abstimmungsempfehlung

Auf Antrag des Vorstands des Friedhof-Zweckverbands beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, er möge beschliessen:

1. Der Gemeinderat Bülach empfiehlt den Stimmberechtigten der Stadt Bülach, die Totalrevision der Statuten des Friedhof-Zweckverbands Bülach zu genehmigen.

Gemäss § 79 des Gemeindegesetzes (GG) beschliessen die Stimmberechtigten jeder beteiligten Gemeinde an der Urne die Rechtsgrundlage der Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts. Die Urnenabstimmung ist auf den 7. März 2021 festgesetzt.

### Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK vor. Beide Kommissionen empfehlen das Geschäft einstimmig im Sinne des Antrags zur Annahme.

Die Referenten der Kommissionen Bevölkerung & Sicherheit und der RPK haben keine weiteren Ausführungen zum Geschäft.

Es liegen keine Fraktionserklärungen und die Detailberatung wird nicht gewünscht.

### Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt der Totalrevision der Statuten des Friedhof-Zweckverbands Bülach einstimmig zu und empfiehlt den Stimmberechtigten die Zustimmung zum Geschäft.



Traktandum 9

**Spezialkommission des Gemeinderats: Antrag auf Weiterführung der Spezialkommission (SpezKo)**

---

Die Spezialkommission OE Politik beantragt dem Gemeinderat, er wolle beschliessen:

1. Die Spezialkommission bleibt in ihrer aktuellen Zusammensetzung bestehen.
2. Die Spezialkommission erhält den Auftrag, die Geschäftsordnung des Gemeinderats im Zusammenhang mit der revidierten Gemeindeordnung formell und redaktionell zu überarbeiten. Zudem sind die Verfahrensabläufe zu überprüfen und klarer zu definieren. Es soll ausserdem geprüft werden, ob die Geschäftsordnung des Gemeinderats an die Mustervorlage des Kantons Zürich angeglichen werden soll.

**Eintretensdebatte**

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Präsidenten der Spezialkommission OE Politik Frédéric Clerc.

**Frédéric Clerc** richtet sich ausschliesslich an den Gemeinderat. Denn die Weiterführung der Spezialkommission liege in der Kompetenz ebendieses. Am 31. August 2020 sei die Spezialkommission zusammengekommen um über die Weiterführung zu beraten. Seit der Einführung der neuen Geschäftsordnung, die 2018 in Kraft getreten sei, seien nun zwei Jahre vergangen. In dieser Zeit seien im Parlamentsbetrieb einige Unklarheiten aufgetreten. Es sei eine Pendenzenliste mit 11 Positionen erstellt worden, die Unklarheiten und Unstimmigkeiten dokumentierten. Die Spezialkommission sei der Meinung, dass es Sinn mache, diese Unstimmigkeiten zu bereinigen. Es könnte zudem geprüft werden, ob es Sinn mache, die Geschäftsordnung an die Mustervorlage des Gemeindeamts anzupassen. Die Zustimmung der Spezialkommission sei einstimmig und würde sich auch in der jetzigen Zusammensetzung empfehlen. Es liege nun am Gemeinderat zu entscheiden, ob er mit den vorliegenden Pendenzen leben könne. Es komme wohl darauf an, wieviel Verständnis für den Ratspräsident oder die Ratspräsidentin aufgebracht werden könne, wenn Fragen zum Ablauf entstünden. Diese Fragen müsste der Präsident bzw. die Präsidentin jeweils spontan klären. Ob dieses Verständnis aufgebracht werden müsse, hänge von der vorliegenden Entscheidung ab.

**Claudia Forni** meldet sich mit einer Ergänzung zu Wort. Gestern sei in der Abstimmung die neue Gemeindeordnung angenommen worden. Es müsste nun noch überprüft werden, ob in diesem



Zusammenhang Anpassungen gemacht werden müssten. Es würden sich beispielsweise redaktionelle Anpassungen aufdrängen. So habe man jetzt keinen Gemeinderat mehr sondern ein Stadtparlament. Solche Dinge würden ebenfalls am besten von der Spezialkommission überprüft werden.

**Andres Bühler** ergänzt, dass sich wohl irgendwann irgendetwas mit diesen Themen befassen müsse. Die Spezialkommission habe sich lange durch diese Dokumente gearbeitet und sei bereit, auch den letzten Schritt noch gemeinsam zu machen. Keiner aus der Spezialkommission reisse sich darum, diese Arbeit zu machen und es sei wohl auch nicht dringend. Aber die Spezialkommission sei gewählt, im Thema drin und könnte die Arbeit noch zu Ende bringen.

#### Fraktionserklärungen

**Fredy Schmid:** „Zuerst vorweg: Der Souverän hat die Gemeindeordnung mit grossem Mehr angenommen. Wir danken der Spezialkommission für die kompetente und äusserst erfolgreiche Arbeit. Die Stadt Bülach verfügt nun über eine neue Gemeindeordnung sowie eine Geschäftsordnung des Gemeinderats. Die FDP-Fraktion hat den Antrag, die Spezialkommission solle weitergeführt werden, rege diskutiert. Wir haben vor allem den Präsidenten Frédéric Clerc und Andres Bühler um ihre Meinung gebeten. Es sind keine wichtigen Pendenzen auf dem Tisch bez. Gemeindeordnung, welche hinderlich sind nach der Einführung. Es gibt keine wichtigen Punkte, die wir allenfalls vergessen haben. Es ist nicht notwendig, dass wir unsere Geschäftsordnung sofort nach der Mustervorlage „umbauen“. Die Geschäftsleitung kann jederzeit einen Änderungsantrag betreffend die Geschäftsordnung stellen, wie man am Beispiel „Rückweisung“ gesehen habe. Die Herren Clerc und Bühler sind nicht der Meinung, dass die Behandlung der Pendenzen dringend ist und sofort erfolgen müsse, inkl. Mustervorlage. Fazit: In den nächsten Jahren werden für beide Papiere allenfalls weitere Optimierungspunkte auftauchen. Entstehen durch den operativen Betrieb schwerwiegende Mängel, die keinen Aufschub erlauben, kann die Geschäftsleitung jederzeit dem Gemeinderat einen Antrag stellen. Eine Bearbeitung der „Mustergeschäftsordnung“ zum jetzigen Zeitpunkt erachten wir als „Papiertiger-Bearbeitung“. Die Fraktion lehnt den Antrag mehrheitlich ab und bedankt sich nochmals für den Einsatz der Spezialkommission.“

**Cornel Broder:** „Die Fraktion der SVP/EDU sieht in naher Zukunft keine Notwendigkeit für eine Spezialkommission. Eine allfällige Überarbeitung der Gemeindeordnung soll absolut schlank über die Bühne gehen und es gibt keinen Grund, warum diese nicht durch die dafür zuständige Fachkommission bearbeitet werden kann. Folglich wird eine Mehrheit der Fraktion eine Weiterführung der Spezialkommission ablehnen.“



Es wird keine Detailberatung gewünscht.

### Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Spezialkommission OE Politik mit 16 Ja- zu 11 Nein-Stimmen zu.

**Frédéric Clerc** bedankt sich für die Zustimmung und versichert dem Rat, dass die Spezialkommission speditiv arbeiten werde.

Traktandum 10

### Fragen an Kommissionen und Stadtrat

---

**Elisabeth Naegeli:** „Verschiedenen Medien war zu entnehmen, dass im Spital Bülach seit der Freistellung des Chefarztes Nic Zerkiebel grosse Unruhe herrscht. Da das Spital ein wichtiger Arbeitgeber in der Region ist und die Gesundheitsversorgung im Fokus stehen sollte, bereitet diese Entwicklung der SP-Fraktion Sorge. Da die Stadt eine gewichtige Aktionärin des Spital Bülach und das Spital für die Region sehr wichtig ist, bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen: Was hat der Stadtrat für Einflussmöglichkeiten? Was gedenkt der Stadtrat zu tun?“

**Stadtpräsident Mark Eberli** sieht den Einfluss der Stadt Bülach als Aktionärin beispielsweise darin, den Verwaltungsrat zu wählen. Die Einflussmöglichkeiten in diesem konkreten Fall seien an einem kleinen Ort. Man habe sich jedoch für eine ausserordentliche Aktionärsversammlung eingesetzt, an der informiert und die weiteren Schritte aufgezeigt werden sollen. Er und der Gesundheitsvorsteher werden anwesend sein. Man müsse jedoch unterscheiden zwischen dem Entscheid der Neonatologie und der einvernehmlichen Trennung von Chefarzt Nic Zerkiebel. Der Entscheid betreffend die Neonatologie sei nachvollziehbar, was auch immer mehr Leute aus dem Spital so sehen. Auch er, als er Gesundheitsvorsteher gewesen sei, sei der Neonatologie kritisch gegenübergestanden. Die Frage war schon damals, ob das überhaupt ein Leistungsauftrag des Spital Bülachs sein müsse. Betreffend die Trennung vom Chefarzt sei von den Parteien Stillschweigen vereinbart worden und er könne nur wiederholen, was er bereits den Medien gesagt hätte. Man könne jedoch davon ausgehen, dass es ein langer und gut dokumentierter Prozess gewesen sei. Als Arbeitgeber wisse er, dass es Situationen gebe, in denen dieser nichts sagen dürfe. Das gelte es zu akzeptieren. Was man jedoch sagen könne sei, dass eine grosse Kluft zwischen der Geschäftsleitung und des Kaders bestehe. Dies sehe man auch anhand der Unterschriftensammlung. An diesem Thema müsse man arbeiten. Er werde die



Entwicklung interessiert verfolgen. Schlussendlich müsste der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung die Kurve kriegen. Es sei nun ein vertrauensbildender Prozess nötig.

**Elisabeth Naegeli** wirft ein, dass der Entscheid bezüglich der Neonatologie wohl kaum dazu geführt habe, dass der Chefarzt gehen musste. Da müsse doch etwas Gravierenderes vorgefallen sein.

**Stadtpräsident Mark Eberli** sagt, dass er es auch nicht wisse und man gegenwärtig nur darüber fantasieren könne.

**Claudia Forni:** „Am 8. April ist ein Aufruf mit dem Titel „Bülach unterstützt Geflüchtete“ dem Stadtpräsidenten überreicht worden. Rund 120 Personen hatten ihn unterzeichnet. Mit Bezug auf die Zustände im syrisch-türkischen und türkisch-griechischen Grenzraum wurde die Stadt Bülach aufgefordert, Hilfswerke mit Schwerpunkt Flüchtlingshilfe finanziell zu unterstützen und Schritte einzuleiten, um zwanzig besonders verletzte Geflüchtete direkt aus den Krisengebieten aufzunehmen (1 Promille der Wohnbevölkerung). Der Stadtrat hat daraufhin eine ausserordentliche und einmalige Erhöhung der Auslandhilfe um 50 000 Franken beschlossen, und zwar zugunsten der Flüchtlinge im syrisch-türkischen und türkisch-griechischen Grenzraum. Er hat also bewiesen, dass ihm unmenschlichen Zustände, wie sie z.B. im Flüchtlingslager von Moria auf Lesbos herrschen, nicht gleichgültig sind. Was hingegen die Aufnahme besonders verletzlicher Personen betrifft, hat sich der Stadtrat damit begnügt zu bemerken, dass der Bund und nicht die Stadt Bülach für die Umsetzung der schweizerischen Asylpolitik zuständig sei. Trotz der jüngsten dramatischen Ereignisse plant der Bund allerdings bis anhin, nur 20 Minderjährige in der Schweiz aufzunehmen. Daher meine Frage: Hat der Bülacher Stadtrat die Möglichkeit in Erwägung gezogen, wie verschiedene andere Städte die Bereitschaft zur Aufnahme gegenüber dem Bund zu signalisieren? Welche Überlegungen er sich damals gemacht hat? Hat er, unabhängig vom heute verlesenen Postulat, vor, das Thema an einer der nächsten Stadtratssitzungen zu traktandieren?“

**Stadtrat Ruedi Menzi** bedankt sich für die Fragen, welche ihm die Gelegenheit gäben, die Situation im grösseren Bild zu schildern: „Zwischen Bülach und Moria liegt eine Distanz von 3'500 Autokilometern. Moria liegt im Nordägäischen Meer auf der Insel Lesbos. Die Insel ist auch eine Ferieninsel, welche von der Türkei durch ca. 25 km Wasser getrennt ist. Wenn man jetzt auch weiss welche Regierung in der Türkei an der Macht ist und sich der Nähe zu Syrien und der Konfliktregion bewusst ist, kann man es wohl nicht von der Hand weisen, dass da auch Politik gemacht wird. Dies ist das Unschöne an der Sache. Die Lage des Flüchtlingslagers, welches es übrigens schon lange gibt, ist eine schwierige Situation. Und wenn man jetzt noch etwas weiter die Umgebung betrachtet, Libyen, Algerien und Tunesien, wo es ebenfalls noch einige, viel grössere „Morias“ gibt, ist die Situation international gesehen bestimmt ebenso dramatisch. Was haben diese Schilderungen nun mit Deiner Frage zu tun?“



Europa hat Angst davor, dass, wenn man zu viele Flüchtlinge aufnimmt, der ganze Damm wieder bricht und eine neue Welle kommt. Aus diesem Grund stemmen sich alle dagegen etwas zu tun. Tschechien und die Oststaaten inkl. Österreich haben beschlossen, keine weiteren Flüchtlinge aufzunehmen und sprechen sich gegen eine Quotenregelung aus. Die Hilfe vor Ort wurde jedoch im Interview von Bundeskanzler Sebastian Kurz zugesichert. Hilfe vor Ort ist auch der allgemeine Tenor der EU. Die Schweiz ist zwar nicht in der EU aber auch, was die Flüchtlinge betrifft, nicht ganz unabhängig. Im Schengen-Abkommen und auch im Dublin-Abkommen haben sie vereinbart, dass nur gemeinsam koordinierte Aktionen gemacht werden. Die Schweiz hat ebenfalls ihre primäre Hilfe vor Ort zugesichert. Weitere Personen von Moria aufzunehmen, wurde nicht zugesichert. Diese Entscheidung hat auch Mario Gattiker, Staatssekretär für Migration, in der Club-Sendung vom Monat September klar und deutlich kommuniziert. Bülach im Speziellen ist bereit und wir hätten Platz im Flüchtlings- und Asylzentrum. Dem Kanton ist dies bekannt und die Stellen wissen, dass wir unseren Beitrag leisten könnten, um die Situation zu entschärfen. Die Bereitschaft gegenüber dem Bund zu signalisieren haben bereits einige Städte, kirchliche Institutionen und Organisationen gemacht. Es liegen wohl weit über 100 Briefe vor. Ich glaube viel wichtiger wäre es, jetzt Mut und Courage zu beweisen und trotz allen Abkommen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Damit kann man jedoch, gemäss der Sendung mit Mario Gattiker, nicht rechnen. Andere Möglichkeiten sehe ich nicht. Die Stadt Bülach hat bereits im Juni Hilfe vor Ort zugesichert und die Bereitschaft erklärt Hand zu bieten, falls der Bund entscheidet, Flüchtlinge aufzunehmen. Das Thema wird aufgrund der Fragen selbstverständlich wieder im Stadtrat aufgenommen."

**Dr. Luís M. Calvo Salgado:** „Ist im Zusammenhang mit dem kommunalen Teilrichtplan Siedlung „Angestrebte Nutzungsdichte und Handlungsräume“ vorgesehen, dass der Stadtrat auch innerhalb der Abgrenzungslinie den Spielraum, der in Art. 31a der Lärmschutzverordnung eingeräumt ist, ausnützt? Und wenn ja, in welcher Form? Ist innerhalb der Abgrenzungslinie ein Konzept vorgesehen, welches den betroffenen Grundeigentümern Unterstützung bei einer massvollen Aufwertung und Verdichtung des Gebäudebestandes (Siedlungserneuerung) bietet?“

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** führt aus, er kenne den Artikel 31a sehr gut. Er sei 2015 auf Drängen von den Anrainergemeinden vom Bundesrat in die Lärmschutzverordnung aufgenommen worden. Insbesondere Bülach, Bachenbülach und Kloten hätten als betroffene Anrainergemeinden interveniert. Der Artikel sei auch als „Flughafenartikel“ bekannt. In diesem Artikel gehe es um die Abgrenzungslinie. Diese bedeute, dass innerhalb dieser Linie die bauliche und raumplanerische Entwicklung kaum oder nur im bisher rechtlich vorgesehenen Rahmen möglich sein werde. Die Abgrenzungslinie stütze sich auf den Immissionsgrenz- und Planungswert. Im Artikel 31a gehe es explizit darum, was ausserhalb der Abgrenzungslinie passiere. Sie hätten lange mit der dafür



zuständigen Bundesrätin diskutiert. Bezüglich Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Abgrenzungslinie könnten nur sehr restriktive Bedingungen für Zentrumszonen geltend gemacht werden. Nun liege aber der grösste Teil der Zentrumszone von Bülach ausserhalb der Abgrenzungslinie. Dies bedeute, dass die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten für Bülach auf dieses Siedlungsgebiet zu fokussieren seien. Bei der zweiten Frage scheine ihm viel wichtiger zu sein, was die Qualität der Entwicklung sei. Und hier würden die Diskussionen im Zusammenhang mit der Gesamtrevision der Nutzungsplanung erst gerade beginnen. Seiner Meinung nach hätte der Siedlungsplan nur bedingt einen Zusammenhang mit der Qualität der zukünftigen Nutzung. Vielmehr sei diese Diskussion bei der Bau- und Zonenordnung zu führen.

**Daniel Wülser:** „Referendum zur verabschiedeten, neuen Parkierverordnung. Bekanntlich wurde dagegen das Referendum von einem „normalen Bülacher Bürger“ mit über 300 Unterschriften per 21.8.20 eingereicht. Die Urnenabstimmung dazu findet gemäss Stadtrat im kommenden März 2021 statt. Frage: Hält der Stadtrat „stur“ an der ursprünglichen Vorlage bzw. Umsetzung fest? Wenn ja, warum? Wird der Stadtrat einen Gegen- bzw. Änderungsvorschlag bringen? Wenn nein, warum?“

**Daniel Ammann** entgegnet, dass das ein Referendum sei und man nichts ändern könne.

Traktandum 11

#### **Diverses**

---

**Stadtrat Ruedi Menzi** ergreift das Wort um einige Informationen aus dem gemeinsamen Altersleitbild der Stadt Bülach und den Gemeinden Bachenbülach und Hochfelden zu geben: „Zwischen November 2019 und Juni 2020 wurde zusammen mit den Alterskommissionen Bülach und Bachenbülach - Hochfelden hat keine Alterskommission - und zwei weiteren Fachpersonen an diesem Altersleitbild gearbeitet. Zentrale Elemente sind das Menschenbild, die Vision und die Leitsätze. Eine entsprechende Broschüre ist erarbeitet, jedoch noch nicht gedruckt worden. Eine Medienmitteilung der drei Gemeinden wird in den nächsten Tagen publiziert werden. Anschliessend erfolgt, in allen Gemeinden getrennt, das Erarbeiten eines quartierbezogenen Alterskonzepts. Bülach wird am Kick-off für den Prozess vom 19. Dezember 2020 teilnehmen. Die Planung des Areals Grampen wurde gemeinsam mit der Stiftung Alterszentrum Region Bülach erstellt. Die entsprechenden Folien bzw. die Präsentation liegt dem Protokoll bei (Beilage 1). Die beiden blau markierten Parzellen wurden von der Stadt für die Erweiterung „Grampen 2“ gekauft. Eine weitere Parzelle eines privaten Eigentümers konnte nicht mitintegriert werden. Aktuell läuft eine Zonenplanänderung für die beiden oben erwähnten Parzellen.“



In der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden 2 Varianten genauer betrachtet, wobei die 2. Variante favorisiert wird. Beide haben Vor- und Nachteile. Die Stiftung wird auch der bestehende Teil teilweise umbauen. Zimmer und 1.5 Zimmerwohnungen sind auf dem Markt nicht mehr gefragt und man möchte die Liegenschaft den neuen Bedürfnissen anpassen. Ziel ist es auch, dass die Spitex wieder in die Anlage zieht und es besteht auch Bedarf an neuen Büroräumlichkeiten. Beide Projekte sind auf sehr gutem Weg. Der Landverkauf der Stadt Bülach an die Stiftung wird noch ins Parlament kommen. Wichtig ist, dass die Raumbedürfnisse abgedeckt werden und doch nicht zu viel Land von der Stadt verkauft wird, um allfällige eigene Projekte auf eigenem Land realisieren zu können. Die weiteren Schritte: Es gibt ein Konkurrenzverfahren/Wettbewerb aus dem dann alles Weitere resultiert."

**Fredy Schmid** fragt Ruedi Menzi, ob es möglich wäre, das Altersleitbild und die Machbarkeitsstudie ins Intranet zu stellen.

**Stadtrat Ruedi Menzi** antwortet, dass man das Altersleitbild auf jeden Fall veröffentlichen könne, die Machbarkeitsstudie sei dafür hingegen nicht vorgesehen.

**Fredy Schmid** entgegnet, dass es ja nicht um eine Veröffentlichung gehe sondern um eine Information des Gemeinderats, der dann ja vielleicht mit Geschäften konfrontiert werde, die er behandeln müsse.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** meldet sich zu Wort, dass man eventuell noch mit dem Stiftungsrat darüber sprechen müsse. Aus seiner Sicht gäbe es keinen Grund, es nicht zu tun.

**Fredy Schmid** sieht das auch so.

**Andres Bühler** meldet sich mit einer Anregung in Bezug auf den Friedhof-Zweckverband zu Wort: „Ich bin aus der Bevölkerung auf einen Grundsatz angesprochen worden: „Sterben kostet das Leben, es soll nicht auch noch Geld kosten.“ Studiert man die Dokumente des Zweckverbandes – nicht nur diejenigen, die wir heute zur Annahme empfohlen haben – stellt man fest, dass sterben in Bülach selbst auf die einfachste Weise im Gemeinschaftsgrab mehrere hundert Franken kostet. Ich möchte beim Stadtrat anregen, entsprechend einzuwirken, dass die einfachste Art der Bestattung auf Null angepasst werden kann.“

**Julia Pfister** entgegnet, dass die Beerdigung ihres Vaters nichts gekostet habe. Sie hätte lediglich den Grabstein bezahlen müssen.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 28. September 2020

### Informationen des Vorsitzenden

#### Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 7 „Weisung des Stadtrats: Einführung einer Tagesschule; Umsetzung der Motion von Werner Oetiker“ ist das Parlamentsreferendum ergriffen worden. Es ist mit 9 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Urnenabstimmung ist auf den 29. November 2020 festgelegt.

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 8 „Weisung des Stadtrats: Parkierungsverordnung; Umsetzung der Motion von René Anthon“ wurde das Referendum ergriffen und zustande gekommen. Die Urnenabstimmung ist auf den 7. März 2021 festgelegt.

Gegen die übrigen Beschlüsse aus der Gemeinderatssitzung vom 22. Juni 2020 sind keine Rechtsmittel ergriffen worden.

#### Rechtsbelehrung

Betreffend die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte werden aus dem Rat keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende weist darauf hin, den Saal geordnet zu verlassen und den Mindestabstand von zwei Metern einzuhalten.

Die Sitzung ist um 21.30 Uhr geschlossen.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 28. September 2020

Bülach, 21. Oktober 2020

Für die Richtigkeit:

Mark Hottinger, Ratssekretär-Stv.

Geprüft:

Stephan Blättler  
Gemeinderatspräsident

Werner Oetiker  
1. Vizepräsident

Markus Surber  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber und Stadtschreiber-Stv.
- Protokollsammlung

# **Gemeinsames Altersleitbild der Stadt Bülach und Gemeinden Bachenbülach und Hochfelden**

Information von Stadtrat Rudolf Menzi

28. September 2020

# Gemeinsames Altersleitbild

- Erarbeitet auf Initiative von SR R. Menzi sowie GP M. Biber und S. Caneppele.
- Prozess dauerte von November 2019 bis Juni 2020.
- Mitgewirkt haben nebst den politischen Verantwortlichen auch Vertreter aus den lokalen Alterskommissionen sowie zwei Fachpersonen.



# Gemeinsames Altersleitbild

Zentrale Elemente sind:

- Menschenbild
- Vision
- Leitsätze



**Altersleitbild 2020**  
der Stadt Bülach und der Gemeinden  
Bachenbülach und Hochfelden

Stadt Bülach

GEMEINDE  
BACHENBÜLACH

Gemeinde  
HOCHFELDEN

## Menschenbild

Das vorliegende Menschenbild dient als Basis für das Altersleitbild. Das Menschenbild beruht auf dem...

Der Mensch ist eine individuelle Persönlichkeit, die nach Selbstverwirklichung strebt. Er hat ein Sicherheitsbedürfnis und strebt nach sozialer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Er ist unabhängig von seiner körperlichen und geistigen...

## Vision

Die Vision zeigt auf, wie sich Bülach, Bachenbülach und Hochfelden die zukünftige Entwicklung der Alterspolitik vorstellen.

- Die Gemeinden sind attraktiv und lebenswert für Seniorinnen und Senioren. Sie bietet ihnen die Möglichkeit das Leben in allen Lebensphasen möglichst lange selbständig zu gestalten und so lange wie möglich zu Hause leben zu können.
- Alle Generationen in den Gemeinden erfahren unabhängig von ihrem Gesundheitszustand sowie sozialen und ökonomischen Status gleichermaßen Wertschätzung, Respekt und eine hohe Lebensqualität.
- Ein alters- und familiengerechtes Umfeld ermöglicht den Erhalt der Selbstbestimmung und Selbständigkeit sowie eine aktive soziale, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe aller Generationen.
- Alle Einwohnerinnen und Einwohner können ihre Lebenserfahrung und ihre Fähigkeiten ins gesellschaftliche Leben einbringen.



## Leitsätze

Aus dem Menschenbild und der Vision leiten sich konkrete Leitsätze ab. Das Alter betrifft vor allem die Überlebenden, die in Organisationen, Angehörige, Pflegende und Betreuungspersonen. Die Leitsätze sollen die Gemeinden stärken.

### Hilfe zur Selbsthilfe

Erfahrungen und Leistungen von älteren Menschen werden wertgeschätzt. Die öffentliche Hand schafft Rahmenbedingungen, Wahlmöglichkeiten und niederschwellige Angebote, um die Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen.

### Wohnen und Lebensraum

Vierfältige Wohnformen und Lebensräume für älter werdende Menschen stehen zur Verfügung. Die Gestaltung des öffentlichen Raums und der damit verbundenen Mobilität sowie die Förderung der nachbarschaftlichen Hilfe sind wichtige Bestandteile der Alterspolitik. Dies ist die soziale Integration und ältere Menschen fühlen sich sicher.

Bestandteile der Alterspolitik. Dies ist die soziale Integration und ältere Menschen fühlen sich sicher.

### Gesundheitliche und soziale Grundversorgung

In den Gemeinden besteht eine altersgerechte Sozial- und Gesundheitsversorgung mit qualitativ guten Betreuungs- und Pflegeangeboten im ambulanten, stationären und intermedialen Bereich, mit dem Ziel die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Gesundheitskompetenz zu stärken.

### Gesundheitsförderung und Prävention, Stärkung der Persönlichkeit

Der Verbleib am ursprünglichen Wohnort wird durch altersgerechte Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen unterstützt. Lebenslanges Lernen wird gefördert, um die Selbstsorge und Selbständigkeit zu bewahren.

## Weiteres Vorgehen

- In den nächsten Tagen erfolgt eine separate Medienmitteilung der drei Gemeinden.
- Anschliessend wird für Bülach ein quartierbezogenes Alterskonzept erarbeitet.
- Kick-off für den Prozess ist am 19. Dezember 2020.

# Gesamtplanung Areal Grampen

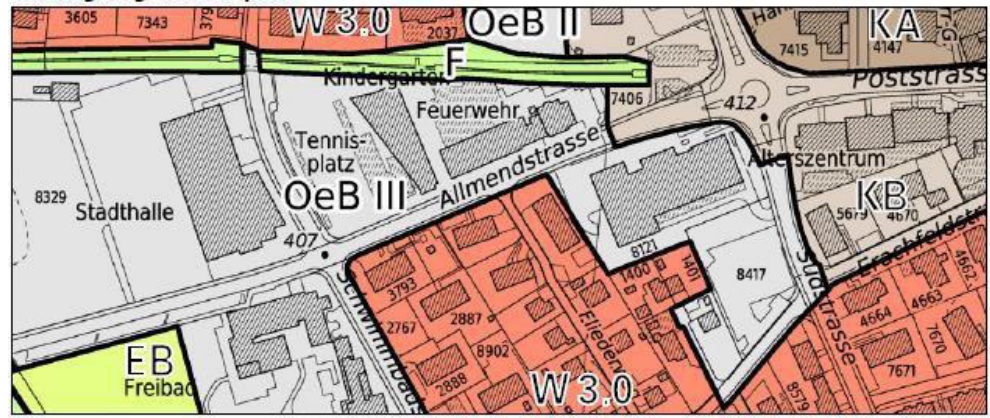
## Gemeinsame Planung mit Stiftung Alterszentrum Region Bülach

# Gesamtplanung Areal Grampen



# Umzonungsvorlage



Rechtsgültiger Zonenplan



Zonenplanänderung



# Machbarkeitsstudie

Kriterium	Gewichtung	Variante 1		Variante 2	
		Riegel einbündig / entl. Südstr.	Pkt.	"L-Form" / Erhalt Parkplatz	Pkt.
					
Städtebau	2	Riegel in 1. Etappe 'schlüssig' sehr gut (analog Grampen II 2014), mit Riegel max. Wohnungszahl mit Raumprogramm erreicht. Aussenraum viel besser als bei Variante 2.	4	mit Wettbewerb "Lösung" möglich	3
Wohnungsqualität und Möglichkeiten Raumprogramm	3		4	sehr gut	4
Qualität übrige Räume (EG-Nutzung: Büros, Fitness, etc.)	2	sehr gut / projektabhängig	4	sehr gut / projektabhängig	4
Betriebliche Anbindung (1. Etappe)	3	Anbindung möglich	3	Anbindung sehr gut möglich (mit Umnutzung "Pflegehohgruppe")	4
Qualität für den Betrieb (ergänzt gem. Bespr. vom 18.04.20)					
Parkplatzangebot oberirdisch (1. Etappe)	2	wenige	3	max. 50 PP (mit PP auf Parzelle Stiftung)	5
Parkplatzangebot unterirdisch (1. Etappe)		max. 64 PP		max. 52 PP	
späteres Erweiterungspotenzial ohne Kat. 8418+8424	2	ca. 33 Whg.	5	max. ca. 25 Whg.	2
späteres Erweiterungspotenzial mit Kat. 8418+8424		sehr gross		nicht möglich / sinnvoll	
Notwendiger Rückbau / Beanspruchung für 1. Etappe	1	nur Kat. 8425	3	alle Gebäude / schlecht	1
Flächenbedarf 1. Etappe (Parzellierung)	2	gesamte Fläche	1	wenig	4
Kosten (1. Etappe)	3	grösseres UG und höhere Landkosten	2	Umbau EG Bestand (Pflegehohgruppe) für Neubau "zwingend" / sinnvoll	2
Total Punkte gewichtet		(max. = 100Pkt.)	64.0	(max. = 100Pkt.)	67.0

Die Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der beiden Varianten ist wie folgt:

Vorteile	+	Die Anbindung des Neubaus ist einfacher. Zudem ist das spätere Erweiterungspotenzial grösser und bietet mit den Kat.-Nr. 8418+8424 zusätzliches Potenzial.	Die Parkplatzsituation / oberirdische öffentliche Freiflächen für die 1. Etappe ist sehr gut. Die Anbindung ist bei einer Umnutzung der best. Pflegehohgruppe sehr gut möglich.
Nachteile	-	Sämtliche oberirdischen Parkplätze / öffentliche Freiflächen entfallen.	Alle Bestandesbauten müssen zurückgebaut werden. Das Erweiterungspotenzial ist stark eingeschränkt und eine "Arrondierung" mit Kat.-Nr. 8418+8424 nicht mehr sinnvoll.

# Fazit aus Machbarkeitsstudie

- Das Raumbedürfnis kann abgedeckt werden
- Umgang mit Bestand ist festzulegen (Betrieb)
- Eine weitere Etappe muss in die Überlegungen einfließen
- Umgang mit Parkplätzen ist eingeflossen
- Umzonung muss vorgenommen werden
- Landflächenbedarf der Stiftung wird nach Projekt genau bekannt sein
- Weitere Schritte:  
Konkurrenzverfahren / Wettbewerb

# Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit